

## A n t w o r t

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)  
– Drucksache 17/4753 –

### Baustellenkoordination in der Südpfalz

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/4753 – vom 5. Dezember 2017 hat folgenden Wortlaut:

In der Südpfalz werden mehrere Straßenbaumaßnahmen gleichzeitig durchgeführt, sodass Ost-West-Verbindungen nachhaltig beeinträchtigt sind, Verkehrsteilnehmer große Umwege fahren müssen und massive Schleichverkehre Anlieger belasten.

Ich frage ich die Landesregierung:

1. Wer ist zuständig für die Koordination der Tiefbaumaßnahmen in der Südpfalz?
2. Warum erfolgen Maßnahmen gleichzeitig, sodass die Ost-West-Verbindungen in der Südpfalz massiv beeinträchtigt sind?
3. Inwiefern werden Tiefbaumaßnahmen mit Sperrungen durch andere Akteure – wie den Forst – koordiniert?
4. Inwiefern beabsichtigt die Landesregierung, zeitgleiche Sperrungen von Verbindungen, die gegenseitig als Umleitungsstrecke dienen sollten, künftig zu vermeiden?
5. Mit welchen Maßnahmen?
6. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuellen Belastungen und Einschränkungen durch zeitgleiche Sperrungen?

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 20. Dezember 2017 wie folgt beantwortet:

Die Modernisierung der Infrastruktur ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung, daher beschränkt sich das Verkehrsministerium nicht darauf, Projekte anzukündigen, sondern legt den Schwerpunkt auf deren Umsetzung. Die Investitionen der Landesregierung sind im Landesstraßenbau auf dem zweithöchsten Stand in der Geschichte unseres Landes. Hinzu kommen große Mittelzuweisungen des Bundes, die in Rheinland-Pfalz derzeit verbaut werden müssen. Außerdem wurden die Planungskapazitäten des Landes in diesem und dem vergangenen Jahr kontinuierlich verstärkt, so dass immer mehr Projekte geplant und damit auch realisiert werden können. Die Landesregierung hat einen Modernisierungsschub für die Infrastruktur unseres Landes ausgelöst, dieser findet seinen Niederschlag in zahlreichen Baustellen vor Ort. Das Verkehrsministerium ist sich der Eingriffe, die Baustellen für die Mobilität der Bürgerinnen und Bürgern bedeuten, bewusst und legt bei der Koordinierung der zahlreichen im Land derzeit laufenden Baumaßnahmen größten Wert darauf, diese so verkehrsfreundlich wie möglich zu gestalten. Jede Baustelle ist aber auch ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger: dort wo heute gebaut wird, können sie sich morgen über eine moderne und gut ausgebaute Straße freuen.

Zu den Fragen 1, 3, 4 und 5:

Für das klassifizierte Straßennetz der Bundes-, Landes und Kreisstraßen achten die zuständigen Dienststellen des Landesbetriebs Mobilität Rheinland-Pfalz (LBM) auf eine frühzeitige Koordinierung geplanter Baumaßnahmen und führen mit angrenzenden Ländern und anderen Baulastträgern, etwa den Kommunen, regelmäßige Abstimmungen durch. In diese Abstimmungsgespräche werden auch die Alternativrouten einbezogen.

Um die große Anzahl der Baumaßnahmen in den nächsten Jahren mobilitätsverträglich bewältigen zu können, hat das Land einen Schwerpunkt in diesem Bereich gesetzt. Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) hat im vergangenen Jahr das Projekt „BaustellenInfo Digital Rheinland-Pfalz“ vorbereitet und in 2017 mit der Umsetzung begonnen. Ziel ist es, stärker als bisher moderne Informationssysteme einzusetzen.

Digital unterstützt, wird die Koordination von Arbeitsstellen im Straßenraum sowie die umfassende, präzise und zeitnahe Information der Verkehrsteilnehmer über alle geeigneten Kanäle, vor allem über Navigationsgeräte im Fahrzeug, weiter verbessert. Daten zu fest geplanten Baustellen werden den Informationsdienstleistern über den nationalen Mobilitätsdatenmarktplatz in standardisierten Formen geliefert.

b. w.

Dabei sollen auch die Baustellen der Kommunen bereits in der Planungsphase mit einbezogen werden, um mögliche Terminkollisionen bei Sperrungen frühzeitig zu erkennen.

Zu Frage 2:

Die angedeutete Kritik, dass so viele „Maßnahmen gleichzeitig“ erfolgen, ist der umfassenden und ambitionierten Mobilitätsoffensive geschuldet.

Seit Jahren sind in Deutschland von unterschiedlichen Seiten, u. a. auch aus der Bevölkerung, Forderungen nach verstärkten Investitionen in die Straßeninfrastruktur vorgetragen worden. Der Bund, das Land Rheinland-Pfalz und auch viele Kommunen als Baulastträger sind diesen Forderungen inzwischen nachgekommen und stellen derzeit Finanzmittel in Rekordhöhe für Investitionen in Straßen und Brücken zur Verfügung. Hieraus ergibt sich gegenwärtig eine deutlich erhöhte Bautätigkeit, bei der Umleitungen und andere Verkehrsbehinderungen leider nicht vermeidbar sind. Hierfür muss in der Bevölkerung und bei den Verkehrsteilnehmern um Verständnis geworben werden.

Für die Umsetzung von Straßenbaumaßnahmen stehen letztlich nur beschränkte Zeitfenster zur Verfügung, weil auch den Witterungsbedingungen, Ferienzeiten und dergleichen Rechnung getragen werden muss. Wegen der hohen Zahl an Modernisierungs- und Neubaumaßnahmen ist es leider nicht zu vermeiden, dass regional auch mehrere Baustellen parallel betrieben werden müssen. Ziel ist dabei, dass es bei diesen Vorhaben nicht zu Überlagerungen bei den ausgewiesenen Umleitungsstrecken kommt. Diese werden deshalb vom LBM jeweils vor Ort abgestimmt, insbesondere mit den örtlichen Behörden sowie den Betreibern des öffentlichen Personennahverkehrs.

Zu Frage 6:

Die aktuellen Belastungen durch Einschränkungen und Sperrungen sind groß, da auch die aktuelle Zahl der Baustellen und in Angriff genommener Infrastrukturprojekte sehr hoch ist. Sie ist Ausdruck der Entschlossenheit der Landesregierung, die Infrastruktur des Landes umfassend zu modernisieren. Das Verkehrsministerium ist bestrebt, die Belastungen für die Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer möglichst gering zu halten. Eine flächendeckende Modernisierung der Verkehrswege ohne Beeinträchtigungen durch Baustellen ist leider nicht realistisch. Vor diesem Hintergrund bedauert die Landesregierung die Beeinträchtigungen für die Autofahrerinnen und -fahrer vor Ort, hält diese aber für notwendig, da sie dazu dienen, eine sicherere und hochwertigere Infrastruktur zu schaffen, die allen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern zugute kommt.

Dr. Volker Wissing  
Staatsminister